

Der aktuelle Fraktionsreport

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag
Mecklenburg-Vorpommern

Ausgabe 27 • Januar 2009 / Landtag 28. - 30. 01.2009

Wohin geht die Reise? 100 Tage neue Landesregierung

Auf unseren Antrag wurde in der **Aktuellen Stunde** die etwas mehr als 100 Tage der neuen Landesregierung unter Erwin Sellering diskutiert. Der Ministerpräsident selbst hat keine Bilanz vorgelegt. Das kann er auch nicht, weil er das Parlament und das Land im Unklaren lässt, wohin die Reise gehen soll. Das wird auch daran liegen, dass die gemeinsame Basis der Koalition offenbar erschöpft ist. Zu der ominösen Umfrage, die die Staatskanzlei in Auftrag gegeben hat, sage ich: Für uns ist es völlig egal, ob der Ministerpräsident oder andere Mitglieder der Regierung aus dem Westen kommen. Für uns zählt das, was sie für das ostdeutsche Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und seine Menschen tun. Und dabei hapert es gewaltig! Nehmen wir z. B. die **energetischen Störungen in der Landesregierung**. Die SPD entdeckt die erneuerbaren Energien. Die CDU macht Sie damit gleich zu Öko-Fundamentalisten. Ich sage dazu: Lieber spät als nie. Offenbar haben die fachlich sehr fundierten und sachlichen Einwendungen der Gegner des Steinkohlekraftwerkes in Lubmin, der größer werdende Druck aus der eigenen Basis die SPD zum Umdenken gebracht.

Herr Sellering muss endlich auf den Tisch hauen. Eine Krise unbekanntes Ausmaßes rollt auf das Land zu. Ich fordere den Ministerpräsidenten auf, endlich seine Richtlinienkompetenz zu nutzen und die Bewältigung der Krise zur Chefsache zu machen. In der ersten Beratung des „Konjunkturrates“ wurde deutlich, dass es keinen einheitlichen Ansprechpartner für Kommunen und

Unternehmen gibt; dass es keinen Überblick darüber gibt, welche ordnungspolitische und rechtliche Änderungen notwendig sind, damit die Konjunkturpakete umgesetzt werden können; dass die Arbeitsmarktpolitik bisher keine Rolle spielt.

Die **Landwirtschaft findet** in den Überlegungen **überhaupt nicht statt**. Wer glaubt, die Landwirte hätten ihre Erträge und Existenzen auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten sicher, der irrt gewaltig. Nicht nur höhere energie- und Produktionsmittelpreise, hohe Futterkosten und sinkende Erzeugerpreise beuteln die Betriebe. Nach drastischen Kürzungen der EU-Beihilfen, dem einbrechenden Absatz und rasant steigender Bodenpreise, besonders aber angesichts der aktuellen Lage auf dem Milchmarkt und der Schweinehaltung, hätte die Landwirtschaft Spitzenplätze in den „Konjunkturprogrammen“ des Bundes, aber vor allem des Landes verdient.

Massenhaft **handwerkliche Fehler** begleiteten das Zustandekommen des **neuen Schulgesetzes**, das den bildungspolitischen Anforderungen bei weitem nicht gerecht wird. Wir sind nicht gegen „selbstständige Schule“. Aber jetzt haben wir eine Scheinselbstständigkeit, und das Finanzierungsmodell gefährdet nicht nur die Existenz freier Schulen, sondern aller kleinen Standorte. Genauso groß ist der **Murks bei der Verwaltungsmodernisierung**. Welches Leitbild hat die Landesregierung von einem zukunftsfähigen Mecklenburg-Vorpommern? Ich erwarte, dass sie sich für eine Funktionalreform stark macht, die vor allem die Kommunen stärkt. Wir erwarten,

Courage-Preis für Dieter Karczewski

Bereits zum zweiten Mal haben wir den „Courage-Preis“ verliehen, der mit 2500 Euro dotiert ist. Er ging an Dieter Karczewski, den Geschäftsführer des Lübbtheener Sportvereins Concordia. Mit seiner Arbeit und seinem leidenschaftlichen Eintreten für Demokratie und Toleranz ist Herr Karczewski Vorbild für viele andere Menschen in Lübbtheen und darüber hinaus. Ihm ist es gelungen, zahlreiche Mitstreiter für die Stärkung des demokratischen Miteinanders zu gewinnen.



dass das Ziel der Auflösung der unteren staatlichen Behörden nicht klamm heimlich ad acta gelegt wird.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat bisher nur kleine Vorböten nach M-V geschickt. Aber die Belastungen werden steigen. Und wer wird die Zeche zahlen für immer neue Rettungsschirme für Banken und Konzerne? Die Lasten werden die kleinen Leute tragen müssen.

Armut durch Hartz IV und prekäre Beschäftigung ist Neoliberalismus pur, ist das Ergebnis einer systematischen Sparpolitik des Staates. Und welche Konzepte einer aktiven Arbeitsmarktpolitik hat die Landesregierung? Sie hat keine. Ein **gesetzlicher Existenz sichernder Mindestlohn**, ein seit langem versprochenes **Tariftreuegesetz** für öffentliche Aufträge, Begrenzung der Leiharbeit, Normalarbeitsverhältnisse statt Minijobs, **Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze** für Kinder und Erwachsene - das wäre jetzt **erforderlich**. Vielleicht könnte ein Hartz-IV-Empfänger dann mal ins Theater gehen, denn die brau-

chen ja auch dringend Publikum. Aber wenn es nach dem Willen der Landesregierung geht, haben wir ja bald nur noch zwei Theater - die Frage von gleichberechtigter Teilhabe an Bildung durch Kunst und Kultur hat sich dann ohnehin erledigt. Es ist noch nicht lange her, da referierte Herr Sellering über drohende Altersarmut. Und was tut er wenig später? Er **kürzt das Landesblindengeld**, zwar nicht mehr so drastisch wie von Ihnen als Sozialminister vorgeschlagen, für die Betroffenen dennoch merklich. Die Landesregierung spricht stets davon, Mecklenburg-Vorpommern zum kinder- und familienfreundlichsten Land zu machen, und dass dafür das Klima verbessert werden müsse. Wenn Kinder, Familien und Senioren sich aber nicht an der Gestaltung dieser Zukunft beteiligen können, weil sie von Armut bedroht sind oder in Armut leben, dann nützt auch ein besseres Klima nichts. Wir brauchen einen **Schutzschirm gegen Armut** für ein menschenwürdiges Leben!

Helmut Holter

Re-investieren

Unser Antrag „**Zurückfließende Darlehensgelder der Wadan-Werften für Zukunftsinvestitionen im Land verwenden**“ wurde **abgelehnt**. Die **60 Millionen Euro**, die als Übergangsfinanzierung an die Werften geflossen sind, sollten nach der Rückzahlung **erneut** für wirtschaftsstabilisierende Maßnahmen **eingesetzt** werden. So könnten die Mittel insbesondere helfen, die Liquiditätsschlücken bei **kleinen und mittleren Unternehmen** schnell zu schließen und landwirtschaftliche Betriebe zu unterstützen. Darüber hinaus könnten kommunale Investitionen ausgelöst und Umwelttechnologien gefördert werden.

Helmut Holter

Kinderrechte

Die Koalitionsfraktionen haben sich letztendlich **geeignet**, das Anliegen unseres Antrags „**Kinderrechte im Grundgesetz verankern**“ grundsätzlich zu unterstützen. **CDU/SPD agieren** dennoch **scheinheilig** – über ein Jahr blockierte insbesondere die CDU unsere Initiative. Weil die **Ankündigung**, in einem neuen Bundestag aktiv zu werden, **wenig glaubhaft** ist, wird meine Fraktion ihre **Initiative Ende des Jahres erneut auf den Weg bringen**. Denn es ist unerträglich, dass der Leidensweg von den Hartz-Gesetzen betroffenen Familien und Kindern erst nach langem Rechtsweg beendet werden kann. Der Maßstab für den Gesetzgeber muss eindeutig in der Verfassung geregelt sein.

Dr. Marianne Linke

AGnES in Gefahr

Unser Antrag „**Finanzierung von AGnES im Jahr 2009 absichern**“ wurde **abgelehnt**. Zwar hat unser - abgelehnter - gleich lautender Dringlichkeitsantrag vom Dezember dazu geführt, dass eine befristete **Lösung bis Ende März** gefunden wurde. Allerdings gibt es bis heute keine Regelung vom zuständigen Bundesausschuss für eine gesetzliche Regelleistung. Solange diese nicht vorliegt, muss das Land eine **Übergangsfinanzierung** auch über den März hinaus gewährleisten. Die medizinische Versorgung von Patienten durch Fachkräfte muss gerade im ländlichen Raum ausgebaut werden.

Dr. Marianne Linke

Theater und Orchester sichern

Die Koalitionsfraktionen haben unser Konzept „**Theater- und Orchesterstrukturen in M-V nachhaltig sichern** - Verbund der Theater und Orchester befördern“ **abgelehnt** und unterstützen die von der Landesregierung geplante Streichorgie. Ein Entwicklungskonzept, das die **Eigenständigkeit** der Theater und Orchester **bewahrt**, zugleich **Kooperationen befördert** und eine **nachhaltige Finanzierung sichert** sowie die Gründung einer **Stiftung „Theater und Orchester“** vorschlägt, ist **dringend erforderlich**. Denn das von der Landesregierung vorgelegte **Diskussionspapier** reicht bei

weitem **nicht aus**, um die künstlerische **Qualität** mindestens auf dem jetzigen Niveau **zu sichern**. Im Ringen um die in Aussicht gestellten Fördermittel erfolgt unter dem Deckmantel angestrebter Kooperationen eine **massive Entsolidarisierung** zwischen den Standorten. Die geplanten Kulturkooperationsräume **zerstören historisch gewachsene Strukturen** und die **chronische Unterfinanzierung** bleibt bestehen. Die wirtschafts-, insbesondere **tourismuspolitische Bedeutung** von Kunst und Kultur wird von der Landesregierung **völlig verkannt**.

Torsten Koplin

Scheinselbstständige Schule

Das neue Schulgesetz wird den Anforderungen an ein modernes Bildungswesen nicht gerecht. Deshalb haben wir es **abgelehnt**. Das Ziel, **mehr Selbstständigkeit** für Schulen, wird nicht erreicht. Lehrkräfte und Schulleitungen erhalten lediglich zusätzliche Aufgaben, die wieder mit viel bürokratischem Aufwand verbunden sind. Zugleich werden die **finanziellen Rahmenbedingungen nicht angepasst**. Die **Festlegung**

von Schülermindestzahlen für die Eingangsklassen sind vor dem Hintergrund der schülerbezogenen Stundenzuweisung und der Aufhebung von Klassengrößen kontraproduktiv. **Das Schulnetz vor allem im ländlichen Raum wird weiter ausgedünnt**. Das Gesetz leistet darüber hinaus **keinen Beitrag, das längere gemeinsame Lernen weiterzuentwickeln und Chancengleichheit zu fördern**.

Andreas Bluhm

Schnelle Hilfe abgelehnt

Mit der Ablehnung des Antrages „**Bauhandwerksbetrieben und baugewerblichen Kleinstunternehmen den Zugang zu Aufträgen Öffentlicher Arbeitgeber und deren Abwicklung erleichtern**“ **verweigern** die Koalitionsfraktionen schnelle **Hilfe** für Bauhandwerker. Die Landesregierung hat angekündigt, dass die **Vergabe von öffentlichen Aufträgen** schnell **gelockert** werden müsse. Aber dabei ist es auch

geblieben. Neben der angekündigten Änderung des Wertgrenzenerlasses müssen auch andere Richtlinien entrümpelt werden, damit Rechnungen pünktlich bezahlt werden können. Die **Bauwirtschaft ist existenziell bedroht**, Umsätze und Beschäftigtenzahl sind auf einem Tiefpunkt, und die Landesregierung unternimmt kaum etwas, um das Überleben der Betriebe zu sichern.

Regine Lück

Bibliotheken

Unser Entwurf für ein **Bibliotheksgesetz** wurde **endgültig abgelehnt**. Dabei müssen die Rahmenbedingungen für

die Arbeit und die **Entwicklung der Bibliotheken** grundsätzlich geregelt werden. Denn die Anzahl öffentlicher Bibliotheken geht seit Jahren zurück, verbunden mit Personalabbau und sich verschlechternden Rahmenbedingungen. Wir meinen: Das Bibliothekswesen muss in der Lage sein, seinen **bildungs- und kulturpolitischen Auftrag** zu erfüllen und den **ungehinderten Zugang** aller zu **Informationen und Wissen** gewährleisten.

Torsten Koplin

Blinde bestohlen

Die **Kürzung des Landesblindengeldes** bleibt ein **dreister unsolzialer Griff in die Taschen** der blinden und hochgradig sehbehinderten Menschen. Es grenzt an Zynismus, dass sich die **Große Koalition damit brüstet**, dass die Absenkung nicht so hoch ausfällt, wie ursprünglich geplant. Die **Landesregierung** hat lediglich kosmetische Korrekturen vorgenommen. Jede Kürzung in welcher Höhe auch immer ist inakzeptabel.

Irene Müller

Leiharbeit

Die Regierungsmehrheit hat unseren Antrag „**Bedingungen für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter verbessern - Spielräume der EU-Richtlinie über Leiharbeit nutzen**“ **abgelehnt**. Leiharbeit und damit prekäre Beschäftigung nimmt seit Jahren zu, der ursprüngliche **Ansatz der Leiharbeit, Brücke von der Arbeitslosigkeit in die reguläre Beschäftigung, ist nicht mehr Realität**, da Unternehmen bewusst aus Kostengründen Leiharbeit einsetzen. Eine neue **EU-Richtlinie** eröffnet **Möglichkeiten**, die Bedingungen für Leiharbeiter zu verbessern: gleicher Lohn, Zugang zu Weiterbildung, Einbeziehung in Arbeitnehmervertretungen.

Barbara Borchardt